



Presseerklärung des Sicherheitsrats zu Haiti

NEW YORK, 11. März 2024 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats wurden am 6. März von der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und Leiterin des Integrierten Büros der Vereinten Nationen in Haiti (BINUH), María Isabel Salvador, über die Situation in Haiti unterrichtet. Der Ständige Vertreter Kenias, der Ständige Vertreter Haitis und der Ständige Vertreter Jamaikas nahmen gemäß Regel 37 im Namen der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) an der Sitzung teil.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats brachten erneut ihre tiefe Besorgnis über die Sicherheitslage und die humanitäre Situation zum Ausdruck und betonten, dass die vieldimensionale Krise in Haiti angegangen werden muss. Sie verurteilten erneut nachdrücklich die Zunahme der Gewalt, der kriminellen Tätigkeiten, der massenhaften Vertreibung von Zivilpersonen und der Menschenrechtsverletzungen, die den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Haitis und der Region untergraben, darunter Entführungen, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt, Menschenhandel und Migrantenschleusung, Morde, rechtswidrige Tötungen und Rekrutierung von Kindern durch bewaffnete Gruppen und kriminelle Netzwerke.

Mitglieder des Sicherheitsrats verurteilten nachdrücklich die anhaltenden destabilisierenden kriminellen Tätigkeiten bewaffneter Banden und betonten, dass die internationale Gemeinschaft stärkere Anstrengungen unternehmen muss, um der Bevölkerung humanitäre Hilfe zu leisten und die Haitianische Nationalpolizei zu unterstützen, unter anderem durch den Aufbau ihrer Kapazitäten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung über die Multinationale Sicherheitsunterstützungsmission. Sie verurteilten aufs Schärfste die von bewaffneten Banden auf die größten Gefängnisse des Landes und andere kritische Infrastrukturen geführten Angriffe, die Bandenchefs und anderen Gefangenen die Flucht aus den Einrichtungen ermöglichten. Sie äußerten ihre tiefe Besorgnis über die nicht hinnehmbaren Androhungen gezielter Gewalt gegen die Polizei und gegen Regierungsmitglieder.

Ratsmitglieder hörten die Unterrichtung Kenias über die laufenden Planungsarbeiten für die Entsendung der Multinationalen Sicherheitsunterstützungsmission nach Haiti und die für die Mission abgegebenen internationalen Zusagen.

Sie äußerten die Erwartung und Hoffnung, dass die Multinationale Sicherheitsunterstützungsmission so bald wie möglich nach Haiti entsandt wird, wie von Haiti beantragt und vom Sicherheitsrat mit Resolution [2699 \(2023\)](#) genehmigt. Sie begrüßten die Zusagen von Mitgliedstaaten in Form von Finanz-, Personal- und Sachleistungen für die Multinationale Sicherheitsunterstützungsmission sowie die Einrichtung des Treuhandfonds der Vereinten Nationen für diese Mission. Sie betonten, dass Sicherheitsbedingungen geschaffen werden müssen, die einem alle Seiten einschließenden politischen Prozess und freien und fairen Wahlen in Haiti förderlich sind.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre Besorgnis über die begrenzten Fortschritte im politischen Prozess in Haiti. Sie forderten alle politischen Akteure nachdrücklich auf, sich konstruktiv an ernsthaften Verhandlungen zu beteiligen, damit so bald wie möglich freie und faire Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abgehalten und die demokratischen Institutionen wiederhergestellt werden können, und sie würdigten die laufenden Bemühungen der CARICOM in dieser Hinsicht.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre große Besorgnis über die illegalen Lieferungen von Waffen und Munition nach Haiti, die nach wie vor ein Schlüsselfaktor für

24-04662 (G)



Instabilität und Gewalt sind. Sie verlangten erneut, dass die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung des Waffenembargos gemäß den Resolutionen [2699 \(2023\)](#) und [2700 \(2023\)](#) treffen, und forderten eine weitere Beschlussfassung durch den Sicherheitsrat.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten die bewaffneten Banden nachdrücklich auf, ihre destabilisierenden Handlungen sofort einzustellen. Sie wiederholten die Forderung des Rates, dass die für diese abscheulichen Taten Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden, und unterstrichen die Rolle, die dem Rat dabei zukommt, im Einklang mit den Resolutionen [2653 \(2022\)](#) und [2700 \(2023\)](#) Sanktionen gegen Personen und Einrichtungen zu verhängen und zu verschärfen, die für Handlungen, die den Frieden, die Sicherheit oder die Stabilität Haitis bedrohen, verantwortlich sind oder daran mitbeteiligt waren. Sie betonten außerdem erneut, dass bei der Aufklärung der Ermordung des Präsidenten Haitis, Jovenel Moïse, echte Fortschritte erzielt werden müssen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten die Regierung Haitis und alle maßgeblichen Parteien in Haiti nachdrücklich auf, die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen und aller Zivilpersonen, einschließlich ausländischer Staatsangehöriger, zu schützen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihre anhaltende Solidarität mit der Bevölkerung Haitis und bekundeten ihre Unterstützung für die Arbeiten des BINUH und des Landesteamts der Vereinten Nationen mit dem Ziel einer besseren Zukunft für Haiti.
